

Szenarien als Denkmodelle der Sicherheitspolitik. Teil 1

Autor(en): **Stahel, Albert A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 10

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Szenarien als Denkmodelle der Sicherheitspolitik (1/2)

Die Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik, auf staatlicher und auf Bündnisebene, erfordert gewisse Annahmen. Das scheinbar Unmögliche und Undenkbare wird dabei oft verdrängt oder höchstens einer Fussnote für würdig befunden. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik muss sich mit solchen Entwicklungen befassen; Szenarien stellen dazu ein geeignetes Denkmodell dar. Im vorliegenden ersten Teil werden mögliche Entwicklungen in und um Europa untersucht. Der mittlere Osten und der Pazifik sind Gegenstand eines zweiten Teils.

Albert A. Stahel

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die EU politisch durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen in den südeuropäischen Staaten Griechenland, Italien, Spanien und Portugal erschüttert. Belastet durch eine hohe Staatsverschuldung, sind diese Staaten mit einer Rezession ihrer Volkswirtschaften konfrontiert. Für die Sanierung und als Wachstumsanreiz dieser Staaten stehen sich zwei Ökonomie-schulen gegenüber. Während die Chicago-Schule von Friedman eine Fiskalpolitik, die auf Sparen ausgerichtet ist, postuliert, sieht die Schule von Keynes eine Wirtschaftspolitik vor, die eine Wirtschaft durch Staatsausgaben ankurbelt. Als Vertreter der Chicago-Schule gelten in Europa insbesondere die deutschen Ökonomen. Aufgrund ihrer Ratschläge erzwingt die Merkel-Regierung stur von den Südeuropäern eine Sparpolitik. Unter keinen Umständen soll die EU die bankrotten Südeuropäer finanzieren. Dies würde gemäss dieser fiskalpolitischen Schule zu einer Inflation auf dem Buckel der Deutschen führen. Dabei verschweigt Merkel, dass Deutschland vom wirtschaftspolitischen Ungleichgewicht in der EU bis anhin auf Kosten der Südeuropäer profitiert hat. Während Deutschland sich zum Nulltarif immer wieder verschulden kann, zahlen die Südeuropäer horrenden Zinsen für ihre Staats-schulden.

Merkel gegenüber steht der französische Präsident Hollande, der eher der Schule von Keynes zuneigt. Mit Euro-bonds, Staatspapiere der gesamten Euro-Zone, könnten die Südeuropäer zu den

gleichen Zinssätzen wie die Deutschen Geld auf dem Markt aufnehmen. Die Einführung von Eurobonds wird durch Merkel blockiert.

Südeuropa zerfällt

Das Ergebnis des Merkel-Diktats, das beinahe einer Erpressung gleicht, ist für die Rezessionen in Südeuropa mitverantwortlich. Während Staatsangestellte in Griechenland scharenweise entlassen werden, rutscht die griechische Volks-

**«Dabei verschweigt
Frau Merkel,
dass Deutschland
vom wirtschaftspolitischen
Ungleichgewicht
in der EU bis anhin
auf Kosten der Südeuropäer
profitiert hat.»**

wirtschaft ins Minus. Ähnliche Entwicklungen stehen Spanien und Portugal, möglicherweise auch Italien bevor. Die Auswirkungen sind absehbar: Populistische Parteien werden in diesen Staaten die Macht übernehmen und gegenüber dem Diktat von Berlin Front machen. Mittel- bis langfristig muss in Südeuropa auch mit bewaffneten Revolutionen gerechnet werden, die wiederum Migrationen Richtung Mitteleuropa auslösen

dürften. Eine solche Entwicklung würde nicht nur das Ende des Euro bedeuten, sondern könnte auch zum Zerfall der EU und der Zunahme der Organisierten Kriminalität in Europa führen.

Während die EU und ihre Mitgliedstaaten mit den geschilderten Problemen konfrontiert sind, ziehen sich die USA militärisch aus Europa zurück. Nach den beiden sinnlosen Kriegen im Irak und in Afghanistan kämpft Washington mit finanzpolitischen Defiziten. Nachdem der Einsatz der amerikanischen Streitkräfte durch die beiden Kriege überdehnt war, muss die amerikanische Regierung die militärischen Mittel auf jene für sie wichtigste strategische Region ausrichten, den westlichen Pazifik. Zu lange haben die USA diese für sie politisch und wirtschaftlich ausserordentlich wichtige Region vernachlässigt. Gegenüber der aufstrebenden Regionalmacht China, die zunehmend machtpolitische Ansprüche anmeldet, müssen die Alliierten – Japan, Australien, Philippinen, Thailand – und die befreundeten Staaten des Pazifik politisch und militärisch unterstützt werden. Die USA schliessen im westlichen Pazifik für das Errichten neuer Stützpunkte Verträge ab. Um diesen militärischen Kraftakt vollziehen zu können, ziehen die USA Truppen aus Europa ab. In absehbarer Zeit werden in Europa nur noch wenige amerikanische Soldaten stationiert sein. Langfristig muss mit dem vollständigen Abzug der US-Truppen aus Europa gerechnet werden.

Während die USA in Europa militärisch immer schwächer werden, rüstet die Regionalmacht Russland auf. Die Mittel hierzu hat Russland durch die Rohstoff-



Zentralasien

verkäufe an die Europäer. Gleichzeitig versucht Präsident Putin den Einfluss Russlands auf die ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn und die baltischen Republiken dank der Erpressung mit Erdgaslieferungen auszudehnen. Als Gegenmassnahme dazu beschleunigen die USA vorerhand den Aufbau ihrer Raketenabwehr in diesen Staaten. Die Stationierung von US-Soldaten soll das politische und wirtschaftliche Vordringen Russlands konterkarieren.

Angesichts des Zusammenbruchs der Euro-Zone und der abnehmenden Präsenz der USA wendet sich Deutschland Russland als natürlichen Verbündeten zu. Die Russen, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges dieses Ziel verfolgt haben, liefern Deutschland Erdgas zu einem Vorzugspreis, der weit unter dem Weltmarktpreis liegt.

Im zunehmenden Mass geraten Österreich, die Niederlande, Belgien, aber auch die Schweiz unter die politische und wirtschaftliche Dominanz von Deutschland. Mit der politischen Unterstützung von Russland erzwingt Deutschland von diesen Quasi-Alliierten politische und militärische Konzessionen. Dazu gehören auch die Unterstellung ihrer Streitkräfte unter deutschem Oberbefehl und die Ausnutzung ihrer militärischen Infrastruktur durch die deutsche Bundeswehr.

Während die wirtschaftliche Lage der südeuropäischen Staaten ins Chaos ab-

gleitet, verhalten sich die übrigen europäischen Staaten Frankreich, Grossbritannien und die skandinavischen Staaten angesichts dieser Lage neutral. In Anbetracht des immer schwächer werdenden Einflusses der USA in Europa geraten sehr bald die ostmitteleuropäischen und

«Während die USA in Europa militärisch immer schwächer werden, rüstet die Regionalmacht Russland auf.»

die baltischen Staaten direkt unter den russischen Einfluss. Die EU hat aufgehört als Organisation zu existieren und das russisch-deutsche Kondominium über Europa ist zementiert.

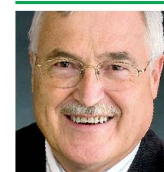
Eurasische Union

Unter der Voraussetzung, dass das deutsch-russische Kondominium über Rest-Europa zustande kommen würde und im westlichen Pazifik China die Machtansprüche der USA blockieren könnte, dürfte Putins Russland den bisherigen Nukleus der eurasischen Union sowohl auf China wie auch auf das durch Deutschland beherrschte Europa ausdehnen wollen. In einem ersten Schritt könnte es sich dabei auf eine wirtschaftli-

che und politische Zusammenarbeit zwischen den Energie- und Produktionsmächten Eurasiens beschränken. Eine wichtige Grundlage bildet bereits der heutige Ausbau der Seidenstrasse als Handelsverbindung zwischen Deutschland und China. Denkbar wäre auch, dass in einem zweiten Schritt vor allem China eine politische Union Eurasiens anstreben möchte. Für die Partner Chinas dürfte aber angesichts der Grösse der chinesischen Bevölkerung eine solche Union kaum erstrebenswert sein. Wie auch immer sich Eurasien und seine Union entwickeln werden, schon eine wirtschaftliche Union würde das Ende der amerikanischen Hegemonie über die Welt bedeuten.

Wiederaufrüstung der USA

Sollte in Europa das deutsch-russische Kondominium am Widerstand der übrigen europäischen Staaten – Frankreich und Grossbritannien – scheitern und in Asien sich die amerikanische Machtpolitik gegenüber China durchsetzen, dann ist denkbar, dass die USA militärisch und damit auch politisch ihre Hegemonialstellung in der Welt aufrechterhalten könnten. In diesem Fall müsste auch mit einer erneuten Wiederaufrüstung der USA, die jene unter Reagan bei weitem übertreffen würde, gerechnet werden. Diese Aufrüstung würden die USA wie bisher mit einer weiteren Verschuldung beim Rest der Welt finanzieren. Die Wiederaufrüstung würde nicht nur zur Einführung neuer Waffentechnologien bei den amerikanischen Land-, Luft- und Seestreitkräften führen, sondern auch zur Indienststellung eines weltraumgestützten Abwehrsystems durch die USA gegen angreifende ballistische Lenkwaffen. Damit würden die Nukleararsenale Russlands und Chinas ihren strategischen Wert verlieren und die nuklearstrategische Abschreckung zwischen den Nuklearmächten wäre ausser Kraft gesetzt. Dank dieser durch die Wiederaufrüstung entstandenen Situation wären die USA in der Lage, ihre Hegemonialstellung bis Ende dieses Jahrhunderts aufrecht zu erhalten. ■



Prof. Dr. oec. publ. Albert A. Stahel
Leiter Institut für Strategische Studien
8820 Wädenswil